

Nur im Ziel sind sich alle einig

Am 8. März stimmt die Schweiz über die Energiesteuer-Initiative der Grünliberalen ab

Von Daniel Ballmer, Bern

Die Chancen stehen schlecht. Das wissen die Grünliberalen selber am besten. Mit ihrer Initiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» treten sie gegen eine politische Übermacht an: Zwar wollen alle Parteien den Energieverbrauch in der Schweiz senken. Nur über den Weg, der zu diesem Ziel führt, gehen die Meinungen weit auseinander. So lehnen alle Parteien das Volksbegehren ab. Unterstützt wird es einzig von den Grünen. Und selbst dort ist es umstritten. Die Ja-Parole wurde vor allem auch aus taktischen Gründen beschlossen. Die Grünen erhoffen sich im Gegenzug die Unterstützung der GLP für ihre Initiative für eine grüne Wirtschaft. Zumindest Umweltverbände wie der WWF, VCS, Pro Velo oder Greenpeace stehen ebenfalls hinter der Initiative.

Weil sich eine Niederlage bei der Abstimmung vom 8. März gerade in einem Wahljahr nicht gutmacht, stapelt die GLP-Spitze um Parteipräsident Martin Bäumle vorsorglich tief. Bereits einen Ja-Anteil von 30 Prozent würden sie als Achtungserfolg werten. Doch selbst dieses Ziel ist ungewiss. So zeichnete auch die erste SRG-Trendumfrage ein düsteres Bild. Nur 29 Prozent hätten Ende Januar mit Ja gestimmt. Und weil die Zustimmung bei Initiativen üblicherweise abnimmt, geben die Meinungsforscher des Instituts gfs Bern um Claude Longchamp dem Begehren «keine Chance».

Doch die Hoffnung stirbt zuletzt. Immerhin gehen Politexperten davon aus, dass die Grünliberalen selbst bei einer Abstimmungsniederlage vor den Wahlen im Herbst einige Aufmerksamkeit gewinnen und so Wahlkampf betreiben können. Dabei hat sich die GLP mit ihrem allerersten Volksbegehren gleich einiges vorgenommen: Die Klempartei will nicht weniger als das Schweizer Steuersystem radikal umbauen.

Die Forderung: Die Mehrwertsteuer als wichtigste Einnahmequelle des Bundes soll innerhalb von fünf Jahren abge-

Pro Die Wende gelingt nur, wenn wir zukunftsfähig besteuern

Von Maya Graf



Vor 20 Jahren sammelte ich Unterschriften «für eine gesicherte AHV – Energie statt Arbeit besteuern!». Diese erste Initiative der Grünen zur ökologischen Steuerreform verfolgte schon damals zwei Ziele: Eine verbrauchsabhängige Steuer sollte Strukturwandel, Innovation und Effizienz im Energiesektor vorantreiben und zudem die Lohnnebenkosten senken. Ziel war die Verbindung von Klimaschutz, Atomausstieg und Beschäftigungspolitik ohne Einnahmeverluste für die öffentliche Hand.

Die Initiative der Grünliberalen «Energie- statt Mehrwertsteuer» verfolgt heute wieder diesen Ansatz: Denn die Mehrwertsteuer besteuert die Wertschöpfung und damit letztlich Arbeit. Sie wirkt daher weder ökologisch noch sozial nachhaltig. Der Wechsel zur Besteuerung von nicht erneuerbarer Energie macht den Faktor Arbeit im Verhältnis günstiger, das fördert Beschäftigung. Wer sich umweltfreundlich verhält, zahlt sogar weniger Steuern.

Die ökologische Steuerreform lässt sich nicht länger aufschieben: Deshalb verlangen neben den Grünen auch WWF, VCS, Greenpeace und Konsumentenforum die Besteuerung nicht erneuerbarer Energieträger wie Erdöl, Erdgas, Kohle oder Uran. So wird der Verbrauch reduziert, die Effizienz erhöht, erneuerbare Energien gefördert, der Atomausstieg vollzogen und der CO₂-Ausstoss reduziert.

Um Steuerausfälle zu vermeiden, wird die Energiesteuer auf das aktuelle Ertragsniveau der Mehrwertsteuer angepasst. Sinkt der Energieverbrauch



«Der Königsweg zur Wende.» Auf nicht erneuerbare Energien wie Heizöl soll eine Steuer erhoben werden. Foto Keystone

schaft werden. Im Gegenzug sei eine Steuer auf Produktion und Einfuhr nicht erneuerbarer Energien wie Benzin, Erdgas, Heizöl und Atomstrom zu erheben. Je nach ökologischer Gesamtbilanz fällt dabei der Steuersatz unterschiedlich hoch aus. Damit die Wirtschaft aber keine Wettbewerbsnachteile erleidet, sind Ausnahmen für stromintensive Branchen möglich.

Das Ziel: Die Grünliberalen sprechen von einer «grossen Chance, den Königsweg zur Energiewende einzuschlagen». So setzt die Initiative auf Preisreize statt staatliche Subventionen. Ihre Hauptziele sind ein rascher Ausbau der erneuerbaren Energien, mehr Energieeffizienz und ein geringerer CO₂-Ausstoss. Der Atomausstieg soll damit gesichert wer-

den. Zugleich würden neue Arbeitsplätze im Bereich Cleantech geschaffen und die Bürokratie abgebaut.

Die Kritik: Selbst Initiativgegner räumen ein, dass mit einer solch starken Verteuerung von Energie die ehrgeizigen Ziele der Energiestrategie 2050 zu erreichen wären – und das ohne die staatlichen Subventionen. Schliesslich müssten die Einnahmen aus der Energiesteuer die bisherigen Einkünfte aus der Mehrwertsteuer ersetzen. Das sind rund 23 Milliarden Franken oder gegen 40 Prozent der Bundeseinnahmen. Kritisiert wird aber, dass die Initiative unsozial sei: Reiche würden profitieren, während Menschen mit tiefem Einkommen mit Mehrkosten zu rechnen hätten, solange sie ihren Energieverbrauch nicht senken. Und vor-

allem: Mit sinkendem Energieverbrauch sinken auch die Steuereinnahmen – ein Experiment, das gerade in den aktuellen, wirtschaftlich turbulenten Zeiten die Bundesfinanzen unnötig gefährde.

Die Alternative: Der Bundesrat schlägt daher einen anderen Weg vor: Auch er will den Energieverbrauch mit Preiserhöhungen senken. Ab 2021 ist eine Abgabe auf Brennstoffen, Strom und allenfalls Treibstoffen vorgesehen. Diese soll schrittweise ansteigen und den Stromverbrauch pro Kopf bis 2035 um 43 Prozent reduzieren. Den Entwurf für die Lenkungsabgabe schickt Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf aber erst Ende März in die Vernehmlassung – also nur wenige Tage nach der Abstimmung über die GLP-Initiative.

Contra Die Initiative führt uns auf den Holzweg

Von Beat Jans



Diese Volksinitiative ist nicht zu Ende gedacht. Sie will Erdöl, Gas und Atomstrom loswerden. Gleichzeitig will sie diese aber zur wichtigsten Einnahmequelle der Staatskasse machen. Das passt beim besten Willen nicht zusammen.

Die Mehrwertsteuer liefert jedes Jahr 23 Milliarden und finanziert damit über ein Drittel des Schweizer Staatshaushalts. Rund zwei Milliarden davon fließen in die AHV und eine Milliarde in die IV. Das sind riesige Summen. Wer sie vollumfänglich durch Steuern auf Erdöl, Gas und Atomstrom ersetzen will, muss diese sehr hoch ansetzen. Wie hoch ist unklar. Die Grünliberalen sprechen etwa bei der Heizenergie von einer Erhöhung um 106 Prozent. Der Bundesrat spricht von rund 400 Prozent oder 3.30 Franken pro Liter Heizöl.

Die Schätzung der Grünliberalen ist kurzfristig. Denn ein starker Preisanstieg wird den Konsum an fossilen Brennstoffen, Benzin und Atomstrom rasch bremsen. Das ist ja das erklärte Ziel. Als Folge davon muss die Steuer erhöht werden, sonst kommen die 23 Milliarden nicht mehr zusammen. Folglich sinkt die Nachfrage weiter und die Steuer muss wiederum angehoben werden. Kein Ende in Sicht. Mittelfristig dürften sogar die Schätzungen des Bundesrats noch zu tief liegen.

Das Nachsehen haben vor allem Mieterinnen und Mieter in günstigen, schlecht isolierten Wohnungen. Denn sie können gegen die rasch steigenden Heizkosten fast nichts tun. Sie bezahlen heute schon rund 100 Franken pro Monat nur für die Heizung. Eine Ölpreis-

steigerung um drei Franken pro Liter würde sie monatlich satte 300 Franken kosten. Das können sich diese Leute schlicht nicht leisten. Es wäre etwa doppelt so viel, wie sie durch den Wegfall der Mehrwertsteuer bestenfalls einsparen würden.

Natürlich braucht es eine Energiewende. Fossile und nukleare Energiequellen führen uns in eine fatale Sackgasse. Die SP peilt die Vollversorgung der Schweiz mit erneuerbaren Energiequellen bis 2050 an. Aber das soll und kann nicht über die Staatskasse funktionieren. Wir setzen uns stattdessen für einen staatsquotenneutralen Sparbonus ein, auch bekannt als Lenkungsabgabe. Bei diesem, von allen mir bekannten Umweltökonominnen favorisierten Modell fließen die Energieabgaben nicht zur Steuerverwaltung, sondern direkt und gleichmässig an die Einwohnenden und die Wirtschaft zurück. Der Sparbonus, den wir Basler beim Strom schon erfolgreich eingeführt haben, ist ökonomisch, ökologisch und auch sozial dem Steuermodell der Initianten klar überlegen.

Nehmen wir mal an, der Bundesrat würde auf die Energiekosten wie bei der Initiative 23 Milliarden draufschlagen – und den ganzen Betrag sogleich zu zwei Dritteln an die Wirtschaft und zu einem Drittel gleichmässig an alle Einwohner zurückverteilen. Für den oben beschriebenen Haushalt mit einer Heizkostenrechnung von heute monatlich 100 Franken ergäbe sich Ende Jahr eine Kosteneinsparung von über 500 Franken gegenüber heute. Das wäre dann eine Energiewende, die nicht nur ökologisch, sondern auch sozial nachhaltig ist. Für diesen Weg werde ich mich einsetzen. Die Initiative führt uns auf den Holzweg. Ich lehne sie entschieden ab.

Beat Jans ist Nationalrat der Basler SP.

Klatsch politique

Doris Leuthard, Energieministerin und Satire-Expertin, arbeitet auf die Energiewende hin. Die aktuellste Massnahme: Die Bundesrätin lässt auf mehreren Autobahnabschnitten die Lampen abstellen. Ein Meilenstein, natürlich – mit dieser Ersparnis werden wohl mindestens zwei Atomkraftwerke überflüssig. Nur: Die Energiewende ist kein Freipass! sta



Selber schuld, wer immer noch auf den Wetterbericht von SRF Meteo hereinfällt. Bekanntlich macht der staatsnahe Service auf die Wochenenden hin besonders gern auf gut Wetter, schliesslich hat die Tourismusbranche des starken Frankens wegen schon genug zu jammern. Dass der vergangene Langlauf-Samstag in Kandersteg nicht völlig im Grau versank, ist einzig dem SVP-Sünneli zu verdanken. In Person von **Ueli Maurer** glitt es elegant über die Loipen. Und ewig grüsst der Bundesrat. db



Die NZZ erneuert die Produkte-Palette mit einem «in geschmeidiges Leder eingefassten Notizbuch». **Felix E. Müller**, Chefdirektor der NZZaSo, benutzt ein solches seit vielen Jahren. Die Neuaufgabe ist zwar wunderschön, wie die NZZ schreibt, aber nicht mehr aus Hirschleder wie Müllers «Blöckli». Hoffentlich kein Präjudiz für sinkende Qualität. ben



Nachrichten

Versicherung gegen Wechselkursrisiken

Bern. Schweizer Exportunternehmen sollen sich günstig gegen starke Wechselkurschwankungen versichern können. Die Wirtschaftskommission des Nationalrats (WAK) verlangt vom Bundesrat, dass er dazu Vorschläge ausarbeitet. Dabei soll er die Bedürfnisse der KMU berücksichtigen. Bei der Ausarbeitung der Massnahmen soll der Bundesrat mit der Exportrisikoversicherung, den Banken sowie der Nationalbank zusammenarbeiten. SDA

Neue Vorschriften für die Haltung von Zirkustieren

Bern. Zirkustiere dürfen während der Tournee weiterhin ausnahmsweise in kleineren Gehegen gehalten werden. Die Tiere müssen jedoch neu mindestens dreimal pro Tag art- und bedürfnisgerecht beschäftigt werden. Das sieht eine neue Amtsverordnung vor, welche die Vorschriften der Tierschutzverordnung konkretisiert, wie das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen gestern mitteilte. SDA

Stromleitungen immer öfter unter der Erde

Fehraltorf. Immer mehr neu genehmigte Stromleitungen werden verkabelt, also unter die Erde verlegt. Dies zeigt eine Statistik, welche das Eidgenössische Starkstrominspektorat gestern publiziert hat. Demnach werden neue Stromleitungen vor allem im Mittelspannungsbereich grösstenteils verkabelt. Dies betrifft insbesondere dicht bebaut Gebiete. SDA

Wallis will von der Wasserkraft profitieren

Sitten. Ein Drittel der Schweizer Stromproduktion aus Wasserkraft kommt aus dem Wallis. Davon profitiert der Kanton bisher aber kaum. Nach dem Heimfall der Wasserrechtskonzessionen will das Wallis die Produktion jetzt zu zwei Dritteln selber kontrollieren und mehr Profit aus der einheimischen Energieressource schlagen. SDA